

Die Wahlen in Rumänien.

Statter Sieg der Regierung.
Die rumänischen Parlamentswahlen sind bis auf wenige Stich- und Nachwahlen, beendet. Von den zwei Senatstakten wurden 107 Regierungsanhänger und 8 unabhängige Kandidaten gewählt. Außerdem steht verfassungsgemäß dem Kronprinzen, je einem Vertreter der beiden Landesuniversitäten und 8 geistlichen Würdenträgern je ein Sitz im Senat zu. Von den drei Kammerkollegien wurden 168 Regierungslandboten, die beiden bessarabischen Minister, drei Kandidaten der Gruppe Carp, vier Anhänger Steres, und sieben unabhängige Kandidaten gewählt. Unter den Unabhängigen befinden sich General Averescu, der den Prälminarfrieden unterzeichnete, der nationalistiche Antimescu-Caga und der ehemalige Minister Vabaraou. Trotzdem die Parteien Bratianu und Take Jonescu mit allen Mitteln für Wahlenthaltung in der Hoffnung eintraten, daß die vom Wahlgesez vorgeschriebene Mindestzahl von einem Drittel der eingeschriebenen Wähler nicht erreicht werde, war die Wahlbeteiligung im allgemeinen fast ebenso stark wie früher, besonders in den großen Städten. Nur in einem einzigen Fall in Galaz mußte wegen zu geringer Wahlbeteiligung die Wahl für ungültig erklärt werden.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 12. Juni.

Beratung des Gesetzes.

Abg. Schulenburg (natl.): Wir begrüßen die drei vorgelegten Gesetzesentwürfe, besonders den auf Mildeberung des Militärstrafgesetzes, damit schwer empfundene Härten beseitigt werden. Die zurückkehrenden Kriegsgefangenen müssen auf den Bahnhöfen angemessen versorgt werden, auch wenn sie keine ordnungsmäßigen Scheine haben. Die zuständigen Behörden müssen angehalten werden, möglichst weitherzig vorzugehen. Für gefangene englische Offiziere sollten bei Eisenbahntransporten besondere Wagen eingestellt werden, statt ihnen die bequemsten Plätze einzuräumen, während das Publikum sich zusammendrängen muß. Der Aufklärungsunterricht muß von besonders ausgewählten Offizieren erteilt werden. Junge Vorgesetzte sind dazu ebenso unangebracht wie die Regimentskommandeure. Die Klagen über die Verpflegung würden vermindert werden, wenn die Intendanturen der einzelnen Divisionen unter Umständen ihre Vorräte gegeneinander austauschen würden. Daß den alten Mannschaften, die im 4. Jahre im Felde stehen, ein Äquivalent geboten wird, vielleicht in Form einer Bulage, ist uns sehr sympathisch. Ein dunkles Kapitel ist die Frage der Beförderung von Mannschaften, ebenso die Verleihung der Eisernen Kreuze. Die alten Feldwebel und die Offiziersstellvertreter sollten mehr zu Feldwebelleutnants befördert werden. Die Reserveoffiziere klagen über Zurücksetzung gegenüber den aktiven Offizieren.

Kriegsminister von Stein:

Die Briefe, welche Klagen an die Abgeordneten bringen, sind nicht als Dokumente anzusehen. Ich bin derartigen Dingen nachgegangen. Viele waren unbegründet, aus Mangel, Mißstimmung oder auch aus Böswilligkeit entstanden, andere waren natürlich begründet. Daß das Eisene Kreuz verächtlich beurteilt wird, trifft nicht zu. Bei dem traurigen Fall, als eine Anzahl Personen das Band ablegten, erklärten sie gleich hinterher, daß sie auf das Eisene Kreuz keineswegs verzichten könnten. Das Eisene Kreuz ist und bleibt ein hohes Ehrenzeichen. Keine Armee, auch keine demokratische Armee, kann auf Ehrenzeichen verzichten. Die größten Heldentaten werden allerdings im stillen ohne Anerkennung geleistet. Ich muß hier, wo immer nur von den anderen Kategorien die Rede ist, die aktiven Offiziere lobend erwähnen. Dabei soll die außerordentliche Pflichttreue der Reserveoffiziere nicht geschmäht werden. Die aktiven Offiziere haben aber unser Heer herangebildet, auch die Reserveoffiziere. Die Note-Kreuz-Schwester haben selbstlos ihre aufopfernde Tätigkeit ausgeführt. Wenn hier so schwerwiegende Vorwürfe gegen sie erhoben wurden, so muß ich annehmen, daß die Abgeordneten schwerwiegendes Material in den Händen haben. Ich bitte darum, um rückhaltlos gegen etwaige Mißstände vorgehen zu können. (Beifall.)

Abg. Gräfe (kons.): Wir haben volles Vertrauen zum Kriegsminister, daß er den Klagen nachgehen und Abhilfe schaffen wird. Die Gesekentwürfe begrüßen wir. Auf den strengen Arrest kann nicht ganz verzichtet werden. Die Lebensmittelkontrolle auf dem Lande wird durch dazu kommandierte Soldaten meist unter Führung verkrachter Bandwirte zu rückfichtslos durchgeführt. In Rumänien geht man viel garter gegen die Bauern vor. Bei uns haust man wie die rote Garde. Mit aller Energie muß dem ein Ende gemacht werden, sonst verliert der Landwirt die Freude, Nahrungsmittel zu liefern. Verweirteste aktive Unteroffiziere sollten nach 12jähriger Dienstzeit zu Feldwebelleutnants befördert werden. Für die aufopfernde Tätigkeit der Ärzte und Schwestern haben wir bewundernde Dankbarkeit. (Bravo.) Den Schwestern gebührt eine bessere Entschädigung. Bei der J. G. W. sind immer noch 79% L. v. Deute. Der letzte Mann muß an die Front, selbst Parlamentarier und Gewerkschaftsführer, die aus politischen Gründen zurückgestellt wurden. Die Behandlung unserer Kriegsgefangenen im Ausland schreit gen Himmel; da muß Durchgreifendes geschehen, kein malten Mißgeschick.

General von Wisberg: Ein allgemeines Verbot, sich mit Reichstagsabgeordneten in Verbindung zu setzen, besteht nicht. Von den Bahnhofskommandanten ist nur einer General; den Charakter hat er vor einigen Tagen erhalten. Die Herren bekommen aber nur das Gehalt für die Stelle, ihr Rang ist ganz gleichgültig.

Bei der Urlaubserteilung hat uns die Urlaubsherrschaft einen Strich durch die Rechnung gemacht. Wir müssen auf die Eisenbahnzustände Rücksicht nehmen. Der Urlaub soll nicht eine Verzögerung sein, er ist eine Notwendigkeit. Wann der Jahrgang 1870 entlassen werden kann, kann noch nicht gesagt werden, aber nach und nach wird die Entlassung möglich sein. Die Fälle, daß Unteroffiziere zu Offizieren befördert werden, kläufen sich. Geld und Heimat müssen zusammenarbeiten, dann gibt es einen guten Klang und brauchen feste Reile. (Beifall.)

Generaloberarzt Dr. Schulgen: Die beim Etat des Innern vorgebrachten Zahlen über die Geschlechtskrankheiten im Heere waren um mehr als das Doppelte übertrieben. 15 auf 1000 ist die Durchschnittszahl, in den letzten fünf Friedensjahren 17 auf 1000. Die Verpflegung ist im allgemeinen gut, Mißstände sind natürlich nicht ausgeschlossen. Da wird aber energisch eingegriffen. Die bisherige Untersuchung wegen der gegen Note-Kreuz-Schwester erhobenen Klagen hat auf dem Gebiete, von dem der Abg. Schulgen gesprochen hat, noch in keinem Fall etwas Befriedigendes ergeben. Die vom Abg. Wirth geschätzten Zustände in Lazaretten sind, wenn sie zutreffen, tatsächlich unerhört, sie werden abgestellt werden.

Abg. Dr. Werner (d. F.): Mit allem Nachdruck muß das Los unserer Kriegsgefangenen gebessert werden. Unseren Kriegern muß die Sorge um ihre Zukunft erleichtert werden. Die Urlaubserteilung an Bandwirte und Kleingewerbetreibende ist möglich zu beschleunigen, damit der Zweck des Urlaubs auch wirklich erreicht wird.

General von Oben: Wenn Mißgriffe bei der Nachsicherung auf dem Lande vorgekommen sind, so bitte ich um Mitteilung, damit eingeschritten werden kann.

Abg. Hysfel (unabh. Soz.): Daß die Behandlung der Soldaten besser geworden ist, haben wir nicht feilschen können. Das ganze System bringt es mit sich, daß die diesbezüglichen Verfügungen des Kriegsministers nicht beachtet werden. Man sollte den Feldgrauen ihr Bürgerrecht auch in der Uniform geben, aber das können Sie nicht und wollen Sie nicht, weil es Ihr System vernichten würde. Urlaubsbewerbungen sind noch immer außerordentlich zahlreich. Die Verpflegung ist oft völlig unzureichend. Das Beschwerderecht der Soldaten sollte geändert werden. Aus politischen Gründen werden heute Krüppel herangezogen und mit völlig ungewöhnlichen Arbeiten belastet. Das gleiche gilt für Jagarbeiter. Der Aufklärungsunterricht im Felde wird immer im Sinne des unabhängigen Ausschusses für einen deutschen Frieden betrieben. Spitzeltum und Gestinnungsschnüffel werden sowohl im Heere wie auch gegenüber den aus Rußland zurückgekehrten Kriegsgefangenen geübt. Zur Besehung aller Beschwerden ist nur eine Veränderung des ganzen Systems des Militarismus imstande. Deshalb lehnen wir auch die vorgelegten Gesekentwürfe ab.

Abg. Sosinski (Pole): Die Aushebung der Arbeiter geschieht parteilich. Wer mißlieblich wird, kommt auf die schwarze Liste und wird eingezogen, in der Industrie aber werden junge Bureaubeamte fälschlich als Arbeiter reklamiert und zurückgestellt.

Darauf wird die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr vertagt.

Schluß 7 1/2 Uhr.

Die unabhängigen Sozialdemokraten.

Eine Erklärung des bayerischen Kriegsministers.

Auf eine Interpellation des bayerischen unabhängigen Sozialdemokraten Simon wegen Ausweisung mißliebiger Personen aus Bayern antwortete Kriegsminister Freiherr v. Hellingrath:

Die unabhängige sozialdemokratische Partei Deutschlands steht gemäß dem Wortlaut ihrer Organisationslinien in grundfälliger Opposition zum herrschenden Regierungssystem und zur Politik der Reichsregierung. Ihr Endziel liegt in der Beseitigung der gegenwärtigen staatlischen und gesellschaftlichen Ordnung. Zur Verwirklichung ihrer Absichten wollen sie alle sich bietenden Möglichkeiten benutzen. Sie erstreben während des Krieges die Erschlüderung der Geschlossenheit und Einmütigkeit des deutschen Volkes. Angesichts dieser den vaterländischen Interessen zuwiderlaufenden Bestrebungen der unabhängigen sozialdemokratischen Partei erachte ich es für geboten, einer Stärkung dieser Partei mit allen durch das Gesez mir zur Verfügung gestellten Mitteln entgegenzuarbeiten. Als wirksames Mittel, einem weiteren Umsichgreifen des verderblichen Einflusses der unabhängigen sozialdemokratischen Partei vorzubeugen, hat sich erwiesen, jene Parteimitglieder, die sich durch organisierte Umtriebe besonders hervortun, aus ihrem bisherigen Wirkungskreise zu entfernen. Wenn wir solche Maßnahmen anordnen, handeln wir in berechtigter Notwehr und pflichtgemäß. Wir schließen uns gegen Wagenführer mit allen Mitteln zu gefährden bestrebt sind. Da geht es hart auf hart! Welche Rücksichtnahme auf den einzelnen wäre ein Verbrechen gegen die Allgemeinheit.

Seine politische Meldungen.

Die Landgräfin von Hessen, geborene Prinzessin Anna von Preußen, das älteste Mitglied des Hauses Hohenzollern, ist 82jährig nach Schwerin in Preussfurt a. W. gestorben.
Abg. Bohmann hat den Vorsitz in der nationalliberalen Fraktion des Abgeordnetenhauses niedergelegt. Bohmann ist bekanntlich der Urheber des Kompromisses in der Wahlrechtsfrage.
Burlans Besuch in Berlin. Aus Berlin wird gemeldet: Der 2. und 3. Minister des Auswärtigen, der am 11. Juni in Berlin eingetroffen war, ist wieder nach Wien abgereist. Graf Burlan, der in erster Linie dem Reichstagler Grafen Hertling seinen Antrittsbesuch abtaten wollte, hatte während seines Berliner Aufenthalts Gelegenheit, mit den leitenden Staatsmännern Deutschlands eingehende Besprechungen zu pflegen. Die Besprechungen umfaßten alle Bereiche im Vordergrund stehenden Problems, die einer gründlichen Be-

ratung unterzogen wurden. Der Geist wechselseitigen Einigensommens und freundschaftlichen Vertrauens, der den Verhandlungen das Gepräge gab, berechtigt zu der Erwartung, daß in den vereinbarungsgemäß in allerhöchster Zeit aufzunehmenden weiteren Verhandlungen die zur Beratung stehenden Fragen eine weitere Klärung erfahren und binnen kurzem ihre endgültige, alle Beteiligten befriedigende Lösung finden werden.

Eine russische Abordnung in Berlin. Die die „Vossische Zeitung“ über, ist eine militärische Abordnung der russischen Sowjetrepublik in Berlin eingetroffen. Sie stellt einen Teil der Kommission dar, die eine Reihe von Fragen politischer, militärischer wie wirtschaftlicher Natur soll und Ende dieser Woche zum ersten Mal zusammen treten wird.

Ministerwechsel in Oesterreich. Der Kaiser erteilt ein Mandat, schreiben an den Ministerpräsidenten v. Seidler, wonach er in Genehmigung der Anträge des Ministerpräsidenten dem Minister des Innern Grafen Toggenburg die erbetene Enthebung vom Amte gewährt, gleichzeitig den Präsidenten des Amtes für Volksernährung Paul unter Betragung mit der Leitung dieses Amtes zum Minister und den Präsidenten der Polizeidirektion in Wien Ritter von Wager zum Minister des Innern ernannt.

Ein österreichisches Kriegsschiff torpediert. Vom A. R. Kriegsmilitär wird mitgeteilt, S. M. Schiff „Szent Peten“ wurde bei einer Nachfahrt in der Adria torpediert und ist gesunken. Er forderte die Kammer in bewegten Worten auf, sich keiner angenehmen. Der Eiserausschuss beschloß einstimmig, den Wunsch Gallaux zu erfüllen und bei der Regierung auf rasche Erledigung der Angelegenheit zu bringen.

Die Ernährungsfrage in Oesterreich. Der Minister des Auswärtigen Graf Burlan äußerte sich gegenüber einem Mitarbeiter der „N. Fr. Presse“ dahin, daß die schlimmste Zeit der Ernährungsfrage überwunden sei. Man dürfe auf eine gute, teilweise sehr gute Ernte rechnen. Für die Zeit bis dahin seien die Bedürfnisse gedeckt, so daß eine der dringlichsten Sorgen behoben sei.

Der Fall Gallaux. Die Affäre Gallaux wird wieder bedenklich. Die „Humanität“ veröffentlicht einen Brief, den Gallaux an den Kammerpräsidenten und zugleich an den Eiserausschuss richtete, der über die Aufhebung seiner Immunität beschloß. Gallaux weist darauf hin, daß alle Anschuldigungen gegen ihn sich als vollkommen haltlos erweisen. Er forderte die Kammer in bewegten Worten auf, sich keiner angenehmen. Der Eiserausschuss beschloß einstimmig, den Wunsch Gallaux zu erfüllen und bei der Regierung auf rasche Erledigung der Angelegenheit zu bringen.

Die Todesstrafe in Rußland. Nach einer Meldung aus Rußland ist dort wieder die Todesstrafe in vollem Umfange eingeführt worden.

Die russischen Schulden. Die russische Staatsschuld ist auf 65 Milliarden Rubel angewachsen. Man hält eine Rettung der Lage nur dadurch für möglich, daß diese Schulden als ungültig erklärt werden.

England und Ägypten. Im englischen Unterhaus sagte Lord Robert Cecil bei der Beantwortung von Fragen, durch die Rundgebung vom November 1914 habe Großbritannien, soweit Ägypten in Frage komme, die ganze Last der Kriegsführung auf sich genommen und die Regierung wäre der Ansicht, daß es im gegenwärtigen Augenblick unerwünscht sei, die Rundgebung zurückzuziehen oder sie zu ändern. Die Aushebung sei daher auf der Grundlage der Freizwilligkeit beschlossen worden, aber trotzdem sei eine Aushebung propaganda im Gange und würde mit adäquaten Erfolgen betrieben. Ungeachtet der Proklamation aber habe die ägyptische Regierung sehr beträchtliche Beiträge zu den Kriegskosten geleistet.

Ein Telegramm von Wilson. Präsident Wilson hat in einem Telegramm an den amerikanischen Arbeiterverband und an den amerikanischen Verband für Arbeit und Demokratie u. a. geschrieben: Wir erleben jetzt die schwerste Zeit des Kampfes, jedoch kann die Nation sie verteidigen, wenn sie sich nicht durch wirtschaftliche Kämpfe und Klassenkämpfe, die der Feind gefühllos angreifen versucht, zu lösen vermöge. In diesen Tagen der Prüfung und Selbstaufopferung trägt der amerikanische Arbeiter mit Würde seinen Teil der nationalen Last.

Von Stadt und Land.

Aue, 13. Juni.

Öffentliche Sitzung des Bezirksausschusses am 11. Juni 1918.

Vorsitzender Herr Amtshauptmann Dr. Wimmer. Die Tagesordnung umfaßte 30 Gegenstände.

Genehmigung fanden das Bezirksfeuerkataster auf 1918, der Mietvertrag mit der Gemeinnützigen Einkaufsgesellschaft in Aue über den Vagerschuppen des Bezirksverbandes am Bahnhof Aue, die Ortsgeze über die Gehaltsverhältnisse des Gemeindevorstands in Rittersgrün und Schönheide sowie über die Reiseentschädigungen der Gemeindebeamten und Gemeinderatsmitglieder in Schönheideherhammer, der 5. Nachtrag zu den Bestimmungen über die Gasabgabe in Raschau, Grundstücksabtrennungen in Lauter, Neuhöhe und Schönheide. — Bewilligt wurden Prämien für mehrere fleißige Altpapierhändlerinnen in Schwarzenberg, einer ärmeren Gemeinde ein Darlehen zur Bestreitung ihres Anteils an den Kriegsunterstützungen, dem landwirtschaftlichen Erfindungs-Unterschied bei der Kriegsländwirtschafsstelle Schwarzenberg eine Beihilfe zu den Unterhaltskosten. Die Mittel zur Beschaffung eines Staubsaugapparates für Akten, Karthotelen usw. — Kenntnis genommen wurde von dem Ableben des Oberaufsehers Egnert beim Prinzess-Marien-Stift; der Herr Vorsitzende widmete dabei dem verdienten und treuen Beamten ehrende Worte der Anerkennung. — Die Ermäßigung des Waisenpflages für eine vom Ortsarmenverbande Widenthal in der Landesanstalt Hochweitzschen untergebrachte Kranke soll befürwortet werden. — Die Wahl von Sachverständigen für Bildschadenabschätzungen und von landwirtschaftlichen Sachverständigen und Taxatoren wurde vorgenommen. — Als Vertreter des Bezirksverbandes bei der Hauptversammlung des Sächsischen Bezirksverbandes in Hohenstein-Ernstthal wurde Herr Kammerherr Herrmann in Lauter bestimmt. — Mehrere auf das Bezirksvermögen und das Prinzess-Marien-Stift bezügliche Angelegenheiten fanden Erledigung. — An die von den Gemeindevertretern eingereichten Petitionen um Weiterführung des 11 Uhr 8 Min. vormittags aus Annaberg in Aue eintreffenden Zuges bis Werbau soll eine Anschließpetition eingereicht werden. — Von der vom königlichen Ministerium des Innern in Anregung gebrachten Gewährung von Beihilfen aus Bezirksmitteln zu den Feuerungsanlagen für Gemeindefeuerungen in Armevorne Gemeinden soll der Folgen halber abgesehen werden. — Bei der Planung für die Veränderung und Verlängerung des Bahnsteiges am Haltepunkt Schwarzenberg ist früher die Anlegung eines erhöhten Fußweges an der Staatsstraße beabsichtigt gewesen, diese Absicht ist jedoch in neuerer Zeit aufgegeben worden. Die Anlegung dieses erhöhten Fußweges wurde im Interesse der Sicherheit des Verkehrs als notwendig erachtet und soll die Bewilligung von Staatsmitteln zu den Kosten der Herstellung beklumortet werden. — Der Widerspruch der Gemeinde Bermatalen gegen die Umänderung des Bahn-

gebäude
Städte
erklär
flüchtig
des Re
und de
Gottfo
De
zeitung
folger
Reich
in Aus
der Vor
beruf
war fr
den Ru
Se
16. Ju
dorffp
Fünft
Gelegen
darzub
Samml
entgege
prach
Spende
burg
für die
Samme
in ne
die für
jeder
them
Pakett
anre
der re
t. N
en hie
ie dur
Ber
Derr
old
ralsch
it de
entf
Ma
ver M
dant
gangen
Ap
gelang
film
und Lei
zur Au
dramen
palast
liberal
werden
ihrem
Das
zusamm
Noa als
berwund
alles Bi
lung sp
entroll
haben
filmen
Publiku
in Aue
Lot
Sachl.
rogen:
18359
91072
84105
78118
Ein
richten:
Sach
einer W
den fol
einem
dem W
freirei
tung vo
W.
Österr
liche
gegen
ziehung
Kultur
Weltung
Wistung
Diese W
in milit
und so
men, so
stlichen
so gunde
ben über
und ant
und mit
Aufstuf
tus und
des 2.1
Dezemb
dann a
abwende
in dem
über „b
Geare“